

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlertstraße 16  
Fernsprecher Nr. 3800

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Die Zollwine setzt sich in Bewegung

Die Sünden der Regierung Luther machen sich bemerkbar. Die Zollgesetzgebung tritt wieder in einen entscheidenden Abschnitt. Man erinnere sich der Vorgänge von vor einem Jahr. Die deutschnational stark durchsetzte Reichsregierung glaubte den Landwirten entgegenkommen zu müssen und setzte Zollsätze für Getreide, Lebensmittel, Lebensmittel-Rohstoffe und Futtermittel fest, die weit über die Wucherpreise in der Vorkriegszeit hinausgingen. Betrugen diese für eine Tonne Weizen und Roggen 65 oder 50 M., so sollten sie nach dem neuen Gesetzentwurf 75 oder 70 M. betragen. Um die Zentrumsarbeiter zur Zustimmung zu bewegen, wurde auf ein Jahr, bis zum 31. Juli 1926, eine Ermäßigung der Zollsätze von 3 M. je Doppelzentner Roggen und 3,50 M. je Doppelzentner Weizen festgelegt. Jedoch mit der Maßgabe, daß, wenn inzwischen ein gültiger Handelsvertrag abgeschlossen würde, die dort festgelegten Zollsätze am 1. August 1926 automatisch in Kraft treten sollten. Die Zeit läuft in wenigen Wochen ab. Nun geht es um die Frage, ob der erhöhte Wuchersatz von 7,50 oder 7 M. oder der inzwischen durch den Handelsvertrag mit Schweden festgelegte von 6,50 oder 6 M. in Kraft treten oder ob die bisher ermäßigten Sätze weiter bestehen sollen. Ein höchst verzwickter Zustand.

Was bringt nun der gegenwärtig dem Reichstag zur Annahme vorliegende deutsch-schwedische Handelsvertrag? Um die für das arbeitende Volk wichtigsten Stellen herauszugreifen, würden, falls der Schwedenvertrag in Kraft träte, ab 1. August folgende Veränderungen für 100 Kilogramm eintreten:

	bisheriger Satz	nach dem Schwedenvertrag
Roggen	3,50 M.	6,50 M.
Weizen	3,50 M.	6,50 M.
Braugerste	3,50 M.	6,50 M.
Futtergerste	1,50 M.	5,50 M.
Maiz	2,20 M.	5,50 M.
Reis, unpoliert	2,50 M.	4,50 M.
Malz, ungebrannt	6,80 M.	12,75 M.
Bohnen, Erbsen, Linfen	1,80 M.	2,50 M.
Butter	22,50 M.	80,00 M.
Mehl	8,00 M.	18,75 M.
Hafermehl	10,00 M.	18,75 M.
Büchsenmilch	40,00 M.	75,00 M.

Die Sätze des Schwedenvertrages liegen durchschnittlich um das Doppelte höher als die bisherigen Sätze. Wenn dieser Handelsvertrag ohne jede Änderung (Änderungen von Handelsverträgen werden bei der Annahme durch das Parlament selten vorgenommen) im Reichstag angenommen wird, dann wird in den nächsten Wochen eine gewaltige Preiswelle über das deutsche Volk rasen und die Lebenshaltung der breiten Masse noch weiter herunterdrücken. Die landwirtschaftlichen Produkte bewegen sich in der letzten Zeit in aufsteigender Richtung. Die sogenannte Preisschere, das heißt der Unterschied zwischen Agrarprodukten und industriellen Fertigprodukten ist geschlossen, die Agrarprodukte stehen im Preise zurzeit sogar etwas über den industriellen Produkten. Wenn nun noch die verdoppelten Zölle ihre Wirksamkeit ausüben oder gar noch eine Mißernte in Deutschland hinzutrete, dann wären die Folgen gar nicht auszubedenken angesichts der mäßigen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Wie sehr die Regierung mit Blindheit geschlagen ist, erweist man an den Zollsätzen für Futtermittel. Man spricht seit langem von der Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion, man hebt die Notwendigkeit hervor, daß die Landwirtschaft mehr zur Erzeugung der Fertigprodukte (Fleisch, Milch, Milchprodukte usw.) übergehen müsse. Das Gegenteil wird durch die Sätze des Schwedenvertrages erreicht, was an der Erhöhung der Sätze für Futtergerste, Maiz, Bohnen, Erbsen, Linfen, Futterbohnen, Lupinen, Widen usw. zu ersehen ist. Die Viehzüchtende Bauernschaft hat aus diesem Grunde bereits gegen die durch den Schwedenvertrag erkennbare Zollpolitik der Zukunft Einspruch erhoben. Die Folge dieser Zölle wird sein, daß die in kleinen Betrieben betriebene Schweinemast zurückgeht und der ohnehin zu knappe Fleischvorrat noch knapper wird.

Nach nun die verruchten Einfuhrzölle. Sie bleiben natürlich auch nach dem 1. August in Wirksamkeit. Die Einfuhrzölle sind in ähnlicher Form in keinem andern Lande zu finden. Sie geben dem Ausfuhrer oder dem Großlandwirt das Recht, bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte den jeweils gültigen Zollsatz zu erhalten. Dadurch wird der Preisstand der landwirtschaftlichen Produkte in Deutschland stets um den Zollsatz höher als der Preis des Weltmarktes sein. Es besteht die außerordentlich große Gefahr, daß jetzt Getreide in Massen zu den gegenwärtig geltenden niedrigen Sätzen eingeführt wird, allein zu dem Zwecke, es nach der Erhöhung der Zollsätze wieder auszuführen. Die Folge wäre eine maßlose Vereinerung der Ausfuhrer und Landwirte auf Kosten des Reichs, mithin der Allgemeinheit. Ein Beispiel soll dies klarmachen: 1000 Tonnen Weizen jetzt eingeführt und nach den Sätzen des Schwedenvertrages später wieder ausgeführt, bringen dem Ausfuhrer einen glatten Verdienst von 65 000 M. Riesengeschäfte unlauterer Art können also in den nächsten Wochen gemacht werden, deshalb auch die Felle, mit der man die Zollgesetzgebung abzuschließen versucht. Jedenfalls besteht die Gefahr, daß Deutschland vor dem Hereinbringen der neuen Ernte von Getreide vollständig entblüht werden kann.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben diese Wucherpolitik früh genug erkannt und in einer Eingabe an Regierung und Reichstag am 16. Juni davor gewarnt. Die Gewerkschaften beantragen, die durch den § 6 des Zollgesetzes vom 17. August 1925 vorgesehenen Ermäßigungen für die

wichtigsten Lebensmittel mindestens für vier weitere Monate in Gültigkeit zu lassen. In der Eingabe heißt es:

Der § 6 des Gesetzes hatte den Zweck, die volle Auswirkung der Zölle auf die Preisgestaltung nur allmählich und in einer wirtschaftlich günstigeren Zeit herbeizuführen. Diese wirtschaftlich günstigere Lage ist aber zurzeit angesichts der seit mehr als einem halben Jahr vorhandenen Wirtschaftskrise nicht gegeben. Die Zahl der Erwerbslosen hat sich seit der Zeit, wo das Zollgesetz beschlossen wurde, fast verdreifacht, die Zahl der Kurzarbeiter verdreifacht. Infolgedessen ist die Kaufkraft der besetzten Verbraucher-massen demnach geschwächt, daß die höheren Zölle eine für die ärmste Bevölkerung weitere Belastung darstellen würden, die in der

Man wird sehen, wie die bürgerlichen Parteien auf das dringende Ersuchen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände antworten. Aber schon jetzt muß mit der Tatsache gerechnet werden, daß über kurz oder lang erhöhte Zollsätze in Kraft treten. Die Folge ist eine Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung. Lohn erhöhungen mühten unter allen Umständen gefordert werden. Doch sind solche in der Krise durchzuführen? Das ist die Frage, die sich aufdrängt. Wenn man die Kraftentfaltung der Arbeiterkraft bei der Abstimmung um die Fürstenernteignung, die einen gewissen Lustakt zu den Zollkämpfen bildete, in Betracht zieht, ist man nicht allzu rosig gestimmt. Und wie ist es mit der Unterstützung der immer mehr zunehmenden Erwerbslosen? Will man diese Opfer der Krise etwa dem Hungertode preisgeben oder sie zur Verzweiflung bringen? Wir fühlen uns verpflichtet, hier sehr eindringlich davor zu warnen, den Bogen zu überspannen. Der Pfeil könnte auf den Schützen zurückprallen.

### Welch ein Volk!

Am Tag des Volksentscheides ist vorüber. 14 1/2 Millionen Bürger haben durch Stimmzettelverfälschung, des Volkes Geld und Gut von den Fürsten zurücknehmen zu wollen. Das sind 5 Millionen Stimmen weniger, als notwendig waren. Es bleibt, bodenlos und wenigstens, alles beim alten. Die Majestäten können wieder nicht atmen, denn sie können sich weiter ihres ungerechten Gutes erfreuen. Die Fürstenernte können jubeln, denn von dem gereihten Raub wird auch für sie ein erklecklich Teil in dieser oder jener Form abfallen. Die Kapitalisten können sich freuen, denn ihre „Grundlage des Staates“, das Privateigentum, wurde diesmal noch nicht erschüttert. Die Börsenjobber schnalzen, denn die Kurze schnellsten beträchtlich emporkam. Das geschickteste, geschornne und beschmittenne Pfaffenstum kann verkünden, daß sein sittliches Gebot unangefastet blieb — was befangen will, daß den schwerreichen Gottesgnädlingen das durch Untertanenverkauf, Rechtsverdringung und Schliche ergatterte Gut erhalten bleibt und somit die armen Leufel von Kriegsinvaliden, Rentnern und sonstigen Inflationsopfern, denen das fürstliche Vermögen zugute kommen sollte, wieder einmal leer ausgehen.

Allerdings haben 3,7 Millionen Bürger mehr für den Volksentscheid gestimmt, als die kommunistische und die sozialdemokratische Partei zusammen Wahlstimmen aufweisen. Das heißt, daß 3,7 Millionen Wähler der bürgerlichen Parteien der Lösung der beiden Arbeiterparteien gefolgt sind. Das ist gewiß ein erfreuliches Ergebnis, das man als Silberstreifen am politischen Himmel Deutschlands bezeichnen kann. Denn wie ein Blick auf die Wahlstatistik zeigt, sind in den westlichen Bezirken, in den Hochburgen des Zentrums, die Ja-Stimmen außerordentlich weit über die Wahlstimmen der beiden Arbeiterparteien hinausgeschossen. Das gleiche in vielen fast ganz katholischen Orten in anderen Gegenden. Das bedeutet nichts weniger als einen Aufstand kirchlicher Wähler gegen das Zentrum und die fürstlichen Priesterherrschaft, die sich, wie bekannt, alle beide wie Befessen gegen den Volksentscheid, das ist für die Erhaltung des Raubes der Fürsten einsetzten. Den katholischen Bauern und Proletariern scheint die Haltung ihrer parteipolitischen und kirchlichen Obrigkeit diesmal denn doch zu dumme geworden zu sein. Es scheint ihnen ein Seufzender aufgegangen, wie arg ihre Glaubwürdigkeit mißbraucht werden sollte. Mit den Hunderttausenden von Zentrumswählern haben auch gewaltige Haufen von Leuten mit Ja gestimmt, die bislang der Vollspartei und den deutschnationalen, als der Reaktion ohne milderes Beiwort anhängen. Und man kann getrost annehmen, daß ein namhafter Teil von diesen Leuten, die um ihre berechtigten Hoffnungen betrogen wurden, auch fernherhin der Fahne treu bleibt, der sie am 20. Juni folgten.

Allein, obwohl alles dies gewiß erfreulich ist und wir seine Bedeutung für die Zukunft keineswegs unterschätzen wollen, kann es doch nicht die Tatsache verwischen, daß nur 37 % dafür gestimmt haben, daß die Fürsten dem Volke sein Gut zurückzuerstatten haben. Mehr als sechs Zehntel der Wählerherrschaft haben durch Fernbleiben von der Urne bezeugt, daß sie nichts dagegen in Erinnerung haben, daß den davongelaufenen Fürsten mit samt ihren Mätressen 2600 Millionen Mark, alles Schweiß und Blut deutscher Menschen, überlassen bleiben. An Klarheit über das, um was es beim Volksentscheid ging, kann es wohl kaum gefehlt haben. Denn seit vielen Wochen ist von den republikanischen Parteien eine Werbearbeit betrieben worden, die in Deutschland bislang ihresgleichen suchte. Auch der Glaube, daß es sich um eine rein parteipolitische Sache handle, kann kaum bei einem, der einigermaßen zu lesen versteht, vorhanden gewesen sein, denn das vorgeschlagene Gesetz sagt doch deutlich genug,

daß die Schösser, Grundstücke und die andern Werte dem Volke oder seinen Ärmsten zugute kommen sollten.

Bei einer dermaßen gründlichen Aufklärung und bei einem so menschlichen Ziel hätten zum mindesten die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten mit Frauen und wahlmündigen Kindern einmütig mit Ja stimmen müssen. Aber das ist eben nicht der Fall gewesen. Hunderttausende von ihnen hielten es nicht der Mühe wert, zur Urne zu gehen. Wodurch sie zu ernten gegeben haben, daß es ihnen an dem Willen gebricht, das Machtmittel der Demokratie, den Stimmzettel, zu ihrem Heile anzuwenden. Dies in einer Zeit, wo Millionen fleißiger Menschen monatlang vergeblich strakau; strakau nach Arbeit, Verdienst und Brot laufen; wo Millionen von Kriegsgeschädigten der Dank des Vaterlandes in Gestalt von Bettelpfennigen erstattet wird; wo Millionen von Leuten, die durch die Inflation beraubt, auf Aufwertung ihres zusammengesungerten Sparguthabens warten. Unzähligen Deutschen wurden mit kalter Miene ihre Glieder, ihre Gesundheit, ihre Spargroschen zugunsten der Fürsten und beretgleichen enteignet; aber diese so Enteigneten piffen auf die Gelegenheit, ihre schwerreichen Enteigner zu enteignen. Angesichts dieser Tatsache möchte man meinen, einem namhaften Teil der arbeitenden Masse ginge es noch recht gut und sie sei so ungeheuer reich, daß sie Milliarden für jene Leute übrig habe, die mitschuldig an unserer Drangsal sind.

Als Entschuldigung für das Fernbleiben von der Abstimmung mag angeführt werden, daß von den Fürstenerntenden ein ungeheurer Terror ausgeübt worden ist. Das ist ohne Zweifel richtig. Guten Christen wurde mit dem Gottscheißeln, kleinen Geschäftsleuten mit dem Bonkott, den Arbeitern in ländlichen Orten mit Entlassung, der städtischen Wiederermännerschaft mit dem Volksgewaltensschreck gedroht, wenn sie zur Urne gingen. In einem Berliner Villenort soll sogar der Amtsrichter gespielt haben, ob einer von seinen Beamten zur Abstimmung komme. Solcher Anflug zeigt, wie weit der demokratischste Staat der Welt noch von der Demokratie entfernt ist. Schließlich aber kann man doch nicht umhin, zu gestehen, daß der Terror eben nur verübt wurde, weil sich viele terrorisieren ließen, nichts dagegen in Erinnerung haben. Haben sich vor Jahrzehnten die sozialistischen Arbeiter von dem Terror der Unternehmung, der Polizei und den Staatsanwälten schrecken lassen? Weil die Arbeiter auf die Schamlosigkeit piffen, hörte sie, weil zwecklos, auf. Was in jener Zeit, wo Obrigkeit und Ausbeutertum einfach alleinherrschend waren, kleinen Haufen von Proletariern möglich war, mühte jetzt, so möchte man meinen, wohl auch durchzuführen sein. Allerdings, solange der Reaktion der Glaube an die Wirkung des Terrors nicht abgewöhnt ist, wird sie ihn ausüben.

So ist denn der erste Volksentscheid der Lehren für die Arbeiterkraft voll. Vor allem muß er dahin abgeändert werden, daß er nicht mehr auf eine Vergewaltigung des Wahlgemeinlichen hinausläuft. Hier haben die Väter der Weimarer Verfassung einen schier unbegreiflichen Fehler begangen, den es unbedingt zu berichtigen gilt. Und dann vor allem ist aus neue offenkundig geworden, daß das „demokratischste Wahlrecht der Welt“ — daß wir das haben, wird nach der Erfahrung beim Volksentscheid wohl niemand mehr bestreiten! — ein unzulängliches Werkzeug darstellt, wenn die wirtschaftliche Demokratie fehlt. Solange es eine Klasse gibt, die weil sie die Produktionsmittel besitzt, über die Verdienstmöglichkeit, das Brot, über das wirtschaftliche Leben der Volksmasse verfügen kann, wird der Wert des Wahlrechts, des Volksentscheides immer ein fragwürdiger sein. Diese alte Wahrheit ist einmal mehr, und diesmal überaus handgreiflich bestätigt worden. Die sich daraus ergebende Lehre liegt auf der Hand: Neben weiterer unverminderter politischer Aufklärung erhaltete Anstrengung zur Eroberung der wirtschaftlichen Macht. Kurz noch eifrigere Fortsetzung der gewerkschaftlichen Tätigkeit und der gewerkschaftlichen Stärkung.

### Noch ein Wort zur „Stabilisierung“ der Arbeitslosigkeit

Alle Betrachtungen über die gegenwärtige Lage der deutschen Arbeiterschaft gehen in der Regel davon aus, daß wir zurzeit uns in einer schweren Wirtschaftskrise befinden. Dies wird als feststehende und allgemein bekannte Tatsache vorausgesetzt. Aber ist es denn wahr? Sicherlich wird es viele, wenn nicht alle unserer Leser höchlichst verwundern, zu hören, daß nach der Überzeugung der bürgerlichen Volkswirtschaftler die Krise schon seit Monaten vorüber ist. Man nehme zum Beispiel die jährlich erschienenen Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, herausgegeben vom Berliner Institut für Konjunkturforschung, Heft 1) zur Hand. Da ist klipp und klar zu lesen (zum Beispiel Seite 47, aber auch sonst durch das ganze Heft), daß in Deutschland eine Krise geherrscht hat vom Oktober 1925 bis Januar 1926. Seit Februar jedoch, also jetzt bereits seit 4 Monaten, sei sie abgelöst durch eine Wirtschaftslage, die zwar immer noch als „Niedstand“ (oder Depression) bezeichnet wird, aber doch gegenüber der Krise eine merkbare Besserung bedeutet.

Man braucht hierin noch keine wesentliche Meinungsverschiedenheit zu liegen. Ob Krise oder nicht, das beurteilt der Arbeiter in erster Linie nach dem Stand der Arbeitslosigkeit. Und es ist in der Tat richtig, daß diese seit Januar nicht mehr zugenommen hat, sondern sogar ein wenig gesunken ist. Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren

	arbeitslos	Kurzarbeiter	Insgesamt
Januar 1926	22,6 %	22,6 %	45,2 %
Februar 1926	22	21,6	43,6
März 1926	21,4	21,7	43,1
April 1926	18,7	18,4	37,1

Im Metallarbeiter-Verband lagen die Dinge allerdings etwas anders. Hier lauten die entsprechenden Zahlen:

	arbeitslos	Kurzarbeiter	Insgesamt
Januar 1926 . . .	18,8 vH	32,8 vH	51,8 vH
Februar 1926 . . .	20,4	30,8	51,2
März 1926 . . .	24,1	26,2	50,3
April 1926 . . .	19,7	25,7	45,4
Mai 1926 . . .	20,6	26,4	47

Hier war der schlimmste Stand erst im März erreicht, und erst seitdem datiert die Besserung, die allerdings so geringfügig ist, daß wir von unserm Standpunkt aus immer noch, und das mit Recht, von einer Krise sprechen, weil wir damit eben eine Wirtschaftslage bezeichnen, worin es den Arbeitern ganz entsetzlich schlecht geht, noch viel schlechter als sonst. Inbessenen, um Namen lohnt nicht zu streiten, und daß seit ein paar Monaten wenigstens ein Stillstand in der Arbeitslosigkeit, also keine weitere Verschlimmerung eingetreten ist, das geben wir zu.

Sehr weit und groß aber wird die Meinungsverschiedenheit, sobald aus der gegenwärtigen Lage Schlüsse gezogen werden auf das, was in der nächsten Zukunft zu erwarten steht. Der Bourgeois nämlich ist beglückt, daß nun endlich, endlich der „regelmäßige Kreislauf der Konjunktur“ wieder eingetreten sei, wie er vor dem Weltkrieg gewesen ist: nämlich Tiefstand, Aufschwung, Hochspannung, Krise, Tiefstand. Aus dem erwähnten Heft des Z.f.B. spricht ein geradezu rührendes Entzücken über die angebliche „Wiederkehr dieses regelmäßigen Kreislaufs“. So heißt es zum Beispiel auf Seite 49:

„Daß die deutsche Wirtschaft im Kern ihres Wesens gesundheitsfähig ist, läßt sich vielleicht daraus schließen, daß die Konjunkturbewegung ihren alten Rhythmus wieder aufgenommen hat und daß der Verlauf der Konjunkturphasen im einzelnen immer mehr normalen Charakter zeigt.“

Ist es nicht, als hörte man den Verfasser voller Glückseligkeit andauern: „Sollt sei Dank, wir haben unsere regelmäßigen Krisen wieder!“ Und woher dieses Entzücken? Der Bourgeois, der sich bei Wirtschaftsbeobachtungen immer nur an die Erscheinungen der Oberfläche hält, urteilt so: Wenn der alte, „normale“ Kreislauf, die regelmäßige „Wellenbewegung“ wieder hergestellt ist, so muß ja auf das „Wellental“ wieder ein „Wellenberg“ folgen; sind wir seit 2 bis 4 Monaten über den tiefsten Stand hinweg, dann befinden wir uns in der Aufwärtsbewegung; mithin wird die gegenwärtige, immer noch schleppende Geschäftslage über kurz oder lang in einen Aufschwung und dann in eine Hochkonjunktur übergehen, herrlichen Zeiten führe ich euch entgegen.

Das ist der Gedankengang des Bourgeois, und daher sein Frohlocken. Wir aber müssen die Dinge etwas tiefer betrachten und kommen dann leider zu ganz anderen Schlüssen. Dabei aber spielt die Frage, ob wir den gegenwärtigen Zustand als Krise bezeichnen dürfen oder nicht, tatsächlich eine Rolle.

Wir wissen, daß die unmittelbare Veranlassung des ungeheuren Anwachses der Arbeitslosigkeit die sogenannte Rationalisierung ist. Die ist nun nicht — wie es der bürgerliche Wirtschaftler darzustellen beliebt — etwas Funtelnagelneues, erst seit dem Weltkrieg Eingetretenes, sondern sie ist genau das, was Karl Marx schon vor 70 Jahren die Konzentration (Zusammenballung) des Kapitals genannt hat, und hat als solche natürlich stets Arbeitslosigkeit hervorgerufen, wenn auch nicht in dem Umfang wie heute. Nun aber kommt ein wichtiger Unterschied zwischen der Vorkriegszeit und der Gegenwart, ein Unterschied, den die Bourgeoisie nicht sehen will, den wir aber sorgsam beachten müssen:

Vor dem Weltkrieg, in den gewöhnlichen Zeiten des Kapitalismus, entstand die Arbeitslosigkeit, wie gesagt, aus der Zusammenballung der Kapitale, die dann mit weniger Arbeitern dasselbe und sogar noch mehr produzierten wie zuvor. Dann nahmen die Dinge ihren Lauf und es kam zur Krise, die ein gewaltiges Anschwellen der Arbeitslosigkeit mit sich brachte (wenn auch lange nicht so gewaltig wie heute). Dann aber räumte die Krise auf. In kurzer Zeit, längstens zwei Jahre nach der Krise, war die Produktion weit über den Stand hinausgewachsen, den sie vor der Krise erreicht hatte, und damit auch die Arbeitslosigkeit. Natürlich — das gehört ja zum Wesen des Kapitalismus — brachten die riesenhafte vergrößerten Kapitale verhältnismäßig weniger Arbeiter als zuvor, und deshalb blieb auch in den besten Geschäftszeiten immer eine Schicht Arbeitsloser übrig. Aber die Arbeitslosigkeit war keine Massenereignis mehr, und sie war niemals eine Dauererscheinung.

Das können wir schon aus den wenigen Zahlen, die wir darüber besitzen, ganz deutlich ablesen. Das ungeheure Wachstum der Produktion nach jeder Krise ist ein seit 1818 hundert Jahre lang immer wieder beobachteter Vorgang. Die Arbeitslosen werden leider erst seit 1903 gezählt, und auch nur in Deutschland. Von da bis zum Kriegsausbruch hatten wir nur noch eine Krise, 1907/08. Und was lehren die Zahlen? Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren arbeitslos:

	1906	1907	1908	1909	1910
April . . .	1,1	1,8	2,8	2,9	1,8
Dezember . . .	1,6	2,7	4,4	3,6	2,1

### Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. R. Kuegg (Ruhrt. Verh.)  
Eigentliche Erfindungen

Seit und Solcher waren die ersten, die auf ihren Vorkursen (1911 bis 1914) bei Hochspannung einer eigentlichen Gegenstrahlung teilnahmen und damals schon die große Fülle der Strahlen erkannten. Durch eingehende Versuche, die häufig bei höheren Voltagen in den Versuchsanstalten auszuführen gelang, ist die große durchdringende Kraft der Strahlen festgestellt. Während man sich so vor, daß es ein elektrisch geladenes Selbstleit-Elektroskop, das oberhalb angebracht war, in einem tiefen See versenkte und beobachtete, ob die Strahlung, die höchsten Spannungen zu sein scheint, noch insofern in das Elektroskop zu gelangen. Es zeigte sich, daß sich in einer Kapselgröße von 15 m eine Entladung beobachten war; da die Minuspole über dem See in der Abstrahlungsrichtung für diese Strahlen 7 m höher liegen, so ergibt sich, daß die Strahlen durch 22 m Wasser durchdringen können, bis sie völlig absorbiert werden, in der den durchdringenden Strahlung demnach einer Reichweite von fast 2 m gleichkommen. Es handelt sich also hier um eine Strahlung, die alles, was man bisher in dieser Beziehung kannte, weit in den Schatten stellt. Die höchsten Spannungen, die man in den Versuchsanstalten erzeugen kann, sind eine Reichweite von 12 m, doch nicht mehr genaugenommen. Die durchdringende Strahlung, die man bisher für möglich hielt, ist die der sogenannten Gammastrahlen des Radiums, die beim Abwergelassen entstehen. Nach den neuesten Messungen ist die Reichweite dieser Gammastrahlen nur ein Fünftel derjenigen der höchsten Spannungen und etwa ein Zehntel derjenigen des gewöhnlichen Radiums. Diese Gammastrahlen, die mit gleicher Stärke und Kraft und zu allen Stunden auf die Erde gelangen, betreiben sich kein Aufpassen auf irgendwelchen Planeten zum Teil in weichen Strahlen. Sie angereichert wird, entstehen die Gammastrahlen in den oberen Luftschichten dadurch, daß Elektronen nach allen Richtungen durch den Raum fliegen und sich mit der Geschwindigkeit des Lichtes fortbewegen. Noch über andere Strahlen sei kurz berichtet, die häufig von dem

Schon 1909 war die Arbeitslosigkeit auf ein gewöhnliches Maß zurückgegangen, im Sommer 1910 war sie ungefähr so weit verschwunden, wie das unter dem Kapitalismus überhaupt möglich ist. 1 1/2 bis 2 Jahre nach der Krise, das ist für die damalige Dauer des Konjunkturablaufs gewöhnliche Zeit.

Heute dagegen verlaufen die Dinge ganz anders. Wenn man nämlich alle Merkmale zusammenfaßt, die zu einer Krise gehören (was uns hier zu weit führen würde; die Arbeitslosigkeit ist ja nur eines dieser Merkmale), dann zeigt sich, daß das Z.f.B. darin ganz Recht hat: seit ein paar Monaten haben wir keine Krise mehr. Aber die Arbeitslosigkeit hat nur ganz wenig abgenommen. Übrigens ist sie auch vor Beginn der Krise bereits stark gewachsen. Wie gesagt, bemißt das Z.f.B. die Zeit der Krise (mit Recht) von Oktober 1925 bis Januar 1926. Die geringste Arbeitslosigkeit hat im vorigen Jahr der Juni aufgewiesen. Schon dann begannen sie zu wachsen, und zwar in einem Maße, das vor dem Kriege als ganz unerhört empfunden worden wäre. Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren:

	arbeitslos	Kurzarbeiter	Insgesamt
Juni 1926 . . .	8,5 vH	4,4 vH	7,9 vH
August 1926 . . .	4,3	5,9	10,2
Oktober 1926 . . .	5,8	10,9	16,7
Dezember 1926 . . .	19,4	19,1	38,5

Wir erkennen somit die äußerst wichtige Tatsache, daß schon vor Beginn der Krise die Arbeitslosigkeit stark gewachsen ist und daß sie nach Aufhören der Krise nur unbedeutend abgenommen hat. Stand sie doch im April mit 37,1 vH noch gar nicht allzu tief unter den 38,5 vH des Dezember, der mitten in der Krise lag.

Mit anderen Worten: die Arbeitslosigkeit hat ihren Zusammenhang mit der Krise verloren; sie ist eine selbständige Erscheinung geworden.

Allerdings liegt ein Einwand nahe: von Dezember bis April sind ja nur 4 bis 5 Monate; vor dem Kriege hat es 1 1/2 bis 2 Jahre gedauert, bis die Arbeitslosigkeit geschwunden war. Urteilen wir nicht zu schnell?

Dazu ist folgendes zu bemerken: In seiner Freude über die Rückkehr der regelmäßigen „Wellenbewegung“ hat das Z.f.B. kein Gewicht darauf gelegt, daß der Konjunkturkreislauf, den es nach dem Kriege beobachtet haben will, sehr viel schneller verlaufen ist als früher. In wenig mehr als 2 Jahren, vom November 1923 bis Februar 1926, ist das ganze Karussell von einer Depression bis zur nächsten durchlaufen worden, während das vor dem Kriege stets 7 bis 11 Jahre gedauert hat. Wäre der Freudentaumel des Z.f.B. über die Wiederkehr des Kreislaufs nicht gar so groß gewesen, so hätte es wohl merken können, daß ein so überaus großer Zeitunterschied auf einen Wesensunterschied des beobachteten Vorgangs hindeutet. Inbessenen, wie dem auch sei, wenn der ganze Kreislauf so viel kürzer ist, dann müssen auch seine einzelnen Teile entsprechend kürzer sein, und dann müssen in fünf Monaten die Einflüsse des Geschäftsaufschwungs auf die Arbeitslosigkeit sich so gut zeigen, wie ehemals in 2 Jahren.

Es bleibt also dabei, die Arbeitslosigkeit ist von der Krise unabhängig geworden.

Das aber hat fürchtbar viel zu bedeuten. Ohne Krise ist die Arbeitslosigkeit gewachsen und gewachsen. Die Krise hat sie dann freilich ins ungeheure gesteigert. Aber nach Aufhören der Krise ist die Arbeitslosigkeit in fast gleichem Umfang geblieben. Wer bürgt uns nun dafür, daß der „Wellenberg“, den der bürgerliche Volkswirtschaftler kommen sieht, auch den Arbeitslosen wieder Beschäftigung bringen wird? Wo sind die „herrlichen Zeiten“, die man uns prophezeit hat? Ganz deutlich offenbart sich der Unterschied im Charakter der Konjunktur vor und nach dem Kriege: damals schwand die Arbeitslosigkeit, sobald gute Konjunktur eintrat; jetzt bleibt sie auch bei gutem Geschäftsgang. Ein Unterschied, den die bürgerliche Welt nicht sehen will. J. B. u. S.

### Billiges deutsches Eisen fürs Ausland

Ein beachtenswertes Merkmal für die Preispolitik der Schwerindustrie ist die durch Schutzzölle und Kartelle ermöglichte Hochhaltung der Preise im Inland gegenüber den Auslandpreisen. Wie hoch der Abstand zwischen Inlands- und Auslandpreisen ist, dafür zeugt folgende von der Rohstoffgemeinschaft veröffentlichte Zusammenstellung der Inlands- und der Weltmarktpreise, die von ihr in der Ausgabe jeder vierteljährlich unterzogen werden. Es lauten in Reichsmark:

	Weltmarktpreis	Inlandspreis
Hohlbleche . . .	90	104
Vorgewalzte Bleche . . .	92	111,50
Stümpel . . .	95	119
Platten . . .	96	124
Plattisen . . .	96	124
Bische . . .	135	145

Die deutsche Schwerindustrie liefert dem Weltmarkt, das ist dem ausländischen Wettbewerb, das Eisen für den niedrigen Preis, von den deutschen Fabrikanten und jüngsten Verbrauchern aber fordert sie den höheren. Es ist das schwerindustrielle Patriotismus.

### Wunderliche Detektoren

Rebelen hat, wie der Bericht der französischen Akademie zu entnehmen ist, kürzlich gefunden, daß immer ein Detektor existiert, wenn man eine leitende Platte mit feinem pulverförmigem Schwefel oder einem anderen Metalleid bedeckt und eine Metallspitze als Gegenkontakt auf

### Die Höhe der Reallohne

Für die Beurteilung des Lebensstandes der Arbeiterschaft ist eine genaue Feststellung der Reallohne von großer Wichtigkeit. Es ist es hoch zu begreifen, wenn von der Arbeiterschaft der Versuch gemacht wird, die jeweils gültigen Reallohne genau festzustellen. In dem vor München Ortsausflug des ADGB herausgegebenen Jahresbericht für 1925 finden wir eine Berechnung der Reallohnhöhen der Arbeiterschaft Münchens.

Reallohnhöhen 1925 in Stundenlöhnen des Vorkriegsstandes	München			
	1. Januar	1. April	1. Juli	1. Oktober
Gesamtheit . . .	74,7	84,8	91,6	95,9
Facharbeiter . . .	77,4	87,2	94,9	100,0
Hilfsarbeiter . . .	77,4	96,5	104,2	99,2
Gesamtheit . . .	79,9	99,4	106,8	101,7
Metallindustrie:				
Facharbeiter . . .	69,3	74,2	80,1	76,2
Hilfsarbeiter . . .	85,4	94,0	100,9	95,9
Textilindustrie:				
Facharbeiter . . .	74,5	80,0	82,6	78,8
Hilfsarbeiter . . .	90,4	97,2	100,2	95,4
Graphische Industrie:				
Facharbeiter . . .	111,1	110,9	109,3	104,0
Hilfsarbeiter . . .	125,0	124,8	122,9	128,8

Demnach gelang es in der meisten Münchner Industrien im Laufe des Jahres, eine Erhöhung der Reallohne zu erzielen. Eine Ausnahme macht nur die graphische Industrie, wo eine Senkung festgestellt wurde. Der Münchner Ortsausflug bemerkt zu diesem Ergebnis: „Unserer Berechnung wurden die tariflichen Bruttowochenlöhne bei normaler Arbeitszeit zugrunde gelegt. Würden noch die Steuern und sozialen Abgaben, die wesentlich höher sind als in der Vorkriegszeit und sicherlich je nach der Lohnhöhe 10 bis 12 vH des Lohnes ausmachen, mit eingerechnet werden, dann verminderte sich der Reallohn noch ganz bedeutend, so daß bei keiner Industriegruppe weder bei den Facharbeitern noch den Hilfsarbeitern, der Friedenslohn erreicht ist. Wie es angeht dieser Tatsache möglich ist, daß amtliche Stellen behaupten können, daß bei den Facharbeitern der Reallohn der Vorkriegszeit knapp erreicht ist und bei den Hilfsarbeitern teilweise sogar bis zu 40 vH überschritten ist, bleibt uns ein Rätsel, das wir nicht lösen können. Daß betrübliche Zahlen für das Vertrauen in die amtliche Statistik nicht fällen, liegt klar auf der Hand. Solche Methoden mögen zwar für die Unternehmer zum Lohnbruch sehr erwünscht sein, die Not der Arbeiter ändern sie aber nicht.“

Statt Lohnsteuer — Arbeitgebersteuer? Unternehmerkreise werden für die Abschaffung der Lohnsteuer, an deren Stelle eine Arbeitgebersteuer treten soll. Die Änderung ist beart getagt, daß der Unternehmer einfach einen bestimmten Satz aller von ihm auszudeckten Gehälter und Löhne als Arbeitgebersteuer entrichten soll. Selbstverständlich sollen die Arbeiter einen um den ungefähren Steuerbetrag verminderten Lohn erhalten. Es ist nun möglich, daß dabei den Unternehmern materielle Vorteile erwachsen, wenn nämlich die auf Grund der Steuerleistung vorgenommene Lohnkürzung größer wäre als die abgeführte Steuersumme. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit besteht für den Fabrikanten die Möglichkeit, die Bezüge der Arbeiter auch auf diese Weise zu kürzen. Worauf es aber den Unternehmern bei diesem Plan in erster Linie ankommt, ist die politisch-agitatorische Seite: sie möchten gern als alleinige Steuerträger auftreten, um sagen zu können, daß sie es sind, welche die Staatsrenten leisten und die deshalb allein über die Ausgaben entscheiden müssen. Bei der Möglichkeit der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch eine kapitalistische Presse könnte allerdings ein solcher Schein erweckt werden. Die Unternehmer berufen sich bei ihrer Propaganda auf die großen Ausgaben, welche bei der Errechnung des Steuerabzuges aus dem Lohn entstehen. Finanzrat Dr. Nievoß beweist, daß die von den Unternehmern mit 42 Millionen Mark angegebenen Ausgaben in Verbindung mit der Abschaffung der Lohnsteuer in Wirklichkeit nur etwa 13 Millionen Mark im Jahr ausmachen dürften. Da aber heute in der Lohnsteuer der Familienstand des Arbeiters berücksichtigt wird, während bei der Arbeitgebersteuer dies in Wegfall kommt, müßten die Unternehmer als Ausgleich überall Familienlohnzulagen einführen: die damit verbundenen Verwaltungskosten wären aber kaum geringer als jene, welche bei der Einführung der Lohnsteuer heute erwachsen.

Die Maschinen werden rasch zum alten Eisen geworfen. Die ungeheure Entwicklung der Maschinentechnik bringt es mit sich, daß die Benutzungsdauer der Maschinen immer kürzer wird, indem sie durch neue und noch neuere ersetzt werden müssen. Gegenwärtig ist zum Beispiel der amerikanische Markt mit ausgemusterten Maschinen geradezu überschwemmt. Zum Teil werden diese Maschinen auch zu sehr billigen Preisen ausgeführt, zum Teil werden sie verschrotet. Dielem Prozeß entsprechend müssen die Unternehmungen aus ihren Gewinnen riesige Abschreibungen vornehmen. Das amerikanische Gesetz gestattet jedoch nur eine Abschreibung von höchstens 10 vH der Anlagewerte. Bei der jüngst stattgefundenen Generalversammlung der Zahnrad- und Transmissionsunternehmungen hat der Vorsitzende dieses Verbandes den Mitgliedern vorgeschlagen, mit Rücksicht auf die raschen Veränderungen des Produktionsapparates jährlich mindestens 25 vH abzuschreiben und eine dementsprechende Änderung des Gesetzes zu erwirken. Der ganze Betriebsapparat soll sich demzufolge in vier Jahren bezahlt machen. Allerdings dienen die großen Abschreibungen nicht nur der tatsächlichen Abschreibung, sondern sie sollen auch zur Vermehrung der stillen Reserven und damit zur Vergrößerung der Kapitalmacht der betreffenden Unternehmungen beitragen.

Abwägung der italienischen Gewerkschaften

Bisher fand Nordamerika in dem Maße, das Land der unergünstigsten Möglichkeiten zu sein. Mussolini hat jedoch den Erfolg...

Wir wollen uns an dieser Stelle nur mit den Vereinigungen der Arbeiter befassen. Für jeden Bezirk und für jeden Beruf ist nur eine Vereinigung zugelassen...

Wie bereits erwähnt, dürfen nur diese anerkannten Verbände Verträge und Tarife abschließen. Diese abgeschlossen Tarife gelten dann aber für alle in dem Bezirk oder in dem Geschäft tätigen Arbeiter...

Ein besonderes Kapitel des Gesetzes behandelt Streiks und Ausperrungen. Es heißt ganz lakonisch: Streiks und Ausperrungen sind verboten.

Der neueste Vorstoß des Faschismus in Italien läßt ahnen, wessen sich die Arbeiter in Deutschland zu vergewärtigen haben, wenn die Reaktion siegt.

Ein Arbeitsminister zum Achtfundentag

Der belgische Minister für Arbeit und Industrie, Bauwens, hielt am 11. d. M. in der belgischen Kammer vor, eine bemerkenswerte Rede über die Auswirkungen des Achtfundentages...

Man hat viel behauptet, daß der Achtfundentag der Produktion schade. Wenn wir uns die Frage stellen, ob es auch nur eine einzige Industrie gibt, in der sich die Verhältnisse auf Grund des bereits in Kraft stehenden Achtfundentages verschlechterten...

Das Thoriummetall

Züngelt ist es nach langjährigen Versuchen gelungen, reines, hammerbares Thoriummetall zu gewinnen. Das Thorium ist von besonderem Wert für die Radiomaneure...

zahlen (4,5 bis), kurz, die Anwendung des Achtfundentages hat nicht die Folgen gehabt, die man da und dort befürchtete.

Ferner muß die moralische und geistige Lage des Proletariats richtig eingeschätzt werden. Die Arbeiter können nur in dem Maße erzeugen, wie sie aufgestellt und geschult sind.

Man beachte, wie sich die Arbeiter große Mühe geben, besser zu wohnen und ihre Wohnungen besser auszustatten.

Die Annahme des Washingtoner Abkommens läuft ab 1. Juni 1921 für 10 Jahre.

Außerordentliche Verhältnisse sind in London (auf der Ministerkonferenz) gebührend berücksichtigt worden.

Wir haben die Pflicht, das Abkommen anzunehmen. Es wird ein bedeutungsvoller Akt des sozialen Fortschrittes sein.

Wir wollen das jeden eingeweihte neue Gebäude des Internationalen Arbeitsamtes in Genf mit der einstimmigen Annahme des Abkommens begrüßen.

Beim Lesen dieser Rede wird wohl schon jeder herausgefunden haben, daß der Arbeitsminister, der so sprach, Sozialist ist.

Der „redliche“ Baldwin

Eine Million Bergarbeiter ist seit mehr als sechs Wochen ausgesperrt, und noch immer entschließt sich die britische Regierung nicht auf die grundsätzlichen Umwandlung der Kohlenindustrie...

Dieses Baldwin'sche Gesetz bedeutet, daß die Arbeitszeit für Untergrubenarbeiter, die derzeit 7 1/2 Stunden beträgt, auf 8 1/2 erhöht werden soll.

Herr Baldwin hat endlich gezeigt, wo er hinaus will und daß er das ganze Gewicht seines Regierungsinflusses zugunsten der Bergarbeiter geltend macht.

Ebenso hat Baldwin den Bericht der königlichen Kohlenkommission hinsichtlich der dort vorgeschlagenen Verbesserungen in den Windgeschächten.

Ein Wettbewerb des Eises

Kohlensäureeis, genauer gesagt, festes Kohlendioxid, beginnt im Ausland ein handelsübliches Erzeugnis zu werden und mit dem Eis im Wettbewerb zu treten.

rung steht. Mittlerweile hat die Industrie infolge des Kohlenmangels trotz der Hilfe von auswärts immer mehr zu leiden und selbst die konservativen Kreise...

Kongress des deutsch-tschechischen Bruderverbandes

Der internationale Metallarbeiterverband in der tschechoslowakischen Republik hielt vom 22. bis 25. Mai seinen 3. Verbandstag ab.

Die Krise und die in ihrem Gefolge sich zeigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verhinderten zu einem Teil einen früheren Zusammentritt des Verbandstages.

Ein Vortrag des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Kaufmann, über die Umwälzungen in der Eisen- und Metallindustrie und die wirtschaftliche Lage in der Tschechoslowakei bildeten den Höhepunkt des Verbandstages.

Präsidentenwechsel bei den amerikanischen Maschinenbauern

William S. Johnston, der fast drei Jahrzehnte Vorsitzender des amerikanischen Maschinenbauer-Verbandes war, ist von seinem Amte zurückgetreten.

Für den Rest der Amtszeit Johnstons hat der Verbandsvorstand den Kollegen Arthur D. Wharton als Vorsitzenden bestimmt.

Rumänien. Die Metallarbeiter in Reșița in Rumänien haben sechs Wochen in hartem Kampf mit den Metallindustriellen gestanden, um die in den letzten zwei Jahren trotz gesteigerter Lebenshaltungskosten unverändert gebliebenen niedrigen Löhne zu erhöhen.

Untersuchung elektrischer Maschinen auf radioelektrischem Wege

Der Radiomaneure hat sich oft darüber zu beklagen, daß sein Empfang nicht störungsfrei ist, weil elektrische Maschinen in der Nähe sich befinden.

### Gelegenheitsarbeit und Erwerbslosenunterstützung

Die Frage, ob der Erwerbslose bei Bezug von Erwerbslosenunterstützung auch Arbeit gegen Entgelt verrichten darf und wie weit der Verdienst hierfür auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet ist, regelt der § 7 Abs. 4 der EWO.

Was der Erwerbslose durch Gelegenheitsarbeit verdient, wird auf die Erwerbslosenunterstützung nur dann nicht angerechnet, wenn der Verdienst in einer Kalenderwoche 10 vH desjenigen Betrages nicht übersteigt, den der Erwerbslose bei voller Erwerbslosigkeit an Unterstützung einschließlich der Familienzuschläge für die Kalenderwoche beziehen würde.

Nach dieser Bestimmung ist also die Verrichtung von Gelegenheitsarbeit nicht verboten. Die Gelegenheitsarbeit kann nun aber Stunden oder Tage dauern. Dauert die Unterstützung mehrere Tage, dann darf der Erwerbslose nicht zur Erwerbslosenkontrolle gehen. Für diese Tage wird also nicht gestempelt, und es fällt demzufolge die Unterstützung ohne weiteres fort.

Die Unternehmung der Gelegenheitsarbeit läuft die Erwerbslosenunterstützung weiter. Fraglich ist nun, wie lange eine Gelegenheitsarbeit dauern darf, ohne den Unterstützungsfall zu unterbrechen. Der Reichsarbeitsminister hat entschieden, daß eine Gelegenheitsarbeit bis zu 7 Tagen den Unterstützungsfall nicht unterbricht.

Dauert die Gelegenheitsarbeit länger als 7 Tage, dann ist nach Ansicht des Reichsarbeitsministers ein neuer Antrag auf Erwerbslosenunterstützung zu stellen (Reichsarbeitsbl. 1925 S. 326 und 469). Für die Gewährung der Unterstützung ist in diesem Falle erneut zu prüfen, ob die Voraussetzungen dafür (§ 3 und § 4 EWO) gegeben sind.

Ein Beispiel mag die Berechnung zeigen: Ein Erwerbsloser in Ortsklasse C, Wirtschaftszweig Mitte, bezieht die höchste Unterstützung von 3,20 M täglich oder 19,20 M wöchentlich. Wird durch Gelegenheitsarbeit bis zu 1,92 M verdient, dann bekommt er die Unterstützung voll ausgezahlt.

Für die Höhe der Erwerbslosenunterstützung ist die zweite Anordnung des Reichsarbeitsministers über eine vorübergehende Erhöhung der Höchsthöhe in der Erwerbslosenfürsorge vom 27. Februar 1926 ebenfalls von Bedeutung.

Auch hier ist die Zeit von 7 Tagen entscheidend zu kurz bemessen und sie dürfte den Anreiz zu Gelegenheitsarbeit erheblich abschwächen.

### Schutz der Betriebsräte in der Krise

Die deutschen Gewerkschaften befinden sich in einer besonders schweren Krise. Die Betriebe betreiben diese Zeit, um einen Vorstoß gegen die Rechte der Betriebsräte zu unternehmen.

Als die Schiffsbauindustrie der Gewerkschaften weitere Entlassungen vordrängte, glaubte die Betriebsleitung eine Verständigung mit dem Betriebsrat nicht mehr nötig zu haben.

Als die Schiffsbauindustrie der Gewerkschaften weitere Entlassungen vordrängte, glaubte die Betriebsleitung eine Verständigung mit dem Betriebsrat nicht mehr nötig zu haben.

Als die Schiffsbauindustrie der Gewerkschaften weitere Entlassungen vordrängte, glaubte die Betriebsleitung eine Verständigung mit dem Betriebsrat nicht mehr nötig zu haben.

Als die Schiffsbauindustrie der Gewerkschaften weitere Entlassungen vordrängte, glaubte die Betriebsleitung eine Verständigung mit dem Betriebsrat nicht mehr nötig zu haben.

baubetriebes erforderlich geworden sei. Für die Arbeiter nämlich, die dort noch ausgeführt würden, sei der Klager ungeeignet, wofür Zeugnisbeweis angeboten wird.

Die Entschädigung hängt danach in erster Linie davon ab, ob eine Stilllegung des Schiffbaubetriebes erfolgt ist. Aus den von der Beklagten vorgelegten Urkunden ergibt sich zwar, daß der Antrag auf Entlassung weiterer Arbeiter mit der beabsichtigten Stilllegung des Schiffbaubetriebes begründet ist.

Unter diesen Umständen kann nicht anerkannt werden, daß eine teilweise Stilllegung vorliegt. Diese wird zwar nicht dadurch ausgeschlossen, daß noch einige Arbeitnehmer mit Reparaturarbeiten oder Beaufichtigung des Materials weiter beschäftigt werden, aber sie setzt voraus, daß ein abgegrenzter Betriebsteil zur Auflösung gelangt, daß also die Absicht besteht, ihn ganz in Wegfall kommen zu lassen.

### Ferienreise der Berliner Kollegen

Unsere Berliner Verwaltungsstelle hatte bis zum Ausbruch des Krieges alljährlich eine Ferienfahrt veranstaltet. Die Einrichtung fand allseitigen Beifall. Infolge des Krieges und der Inflation mußte diese gegenstandslos werden.

Unter Zuhilfenahme eines dänischen Touristenbüros wurde es am 30. Mai möglich, mit 135 Teilnehmern eine Fahrt nach Kopenhagen, Kopenhagen und Helsingör zu unternehmen.

Der Kollege Röntgen, als Vertreter der Kopenhagener Metallarbeiter, hielt eine lehrreiche Ansprache. Er sprach ausdrücklich den Wunsch aus, daß dieses freundschaftliche Verhältnis auch in Zukunft das gleiche bleiben möge.

Am gleichen Abend fand noch ein kleinerer Preis die Verleihung des Kopenhagener Verbandsbuches statt. Obwohl die deutsche Arbeiterbewegung als Muster gilt, kann vieles von unseren dänischen Kollegen gelernt werden.

Der Verband der dänischen Reichstages, den die dänische Regierung gestützt hat und wozu sie in bereitwilliger Weise Führer stellte, bemerkenswert ist, daß der reaktionärste Vertreter des Landes ausgerechnet der Vertreter von Schleswig ist.

Der Verband der dänischen Reichstages, den die dänische Regierung gestützt hat und wozu sie in bereitwilliger Weise Führer stellte, bemerkenswert ist, daß der reaktionärste Vertreter des Landes ausgerechnet der Vertreter von Schleswig ist.

### Unterrichtsstufe für Erwerbslose

Eine begründete Einrichtung hat in Verbindung mit der Volkshochschule und dem Arbeiterbildungsverein das Arbeitsamt Heilbronn geschaffen. Seit 10. Juni sind für die Erwerbslosen von 18 bis 25 Jahren Unterrichtsstunden eingerichtet, woran 100 Mann teilnehmen.

Die Unterrichtsstunden werden für jede Gruppe auf 4 die Woche festgesetzt, und zwar von 8 bis 10 und 10 bis 12 Uhr mit einer kurzen Pause, da für jede Gruppe ein momentanes Verzeichnis vorliegt, das zu Beginn der Stunde vorlesen wird.

Als Unterrichtsstoff sind angelehnt der Zusammenfassung der Teilnehmerinhalten hausbürgerliche Fragen vorgegeben. Als Leiter dieser Kurse wurde Herr Sieppart, der bis in die letzte Zeit noch an der Akademie der Arbeit in Frankfurt weilte, gemessen. Vom Arbeitsamt ist keine Vorarbeit vorhanden, wie und welcher Stoff behandelt werden soll.

Als Unterrichtsstoff sind angelehnt der Zusammenfassung der Teilnehmerinhalten hausbürgerliche Fragen vorgegeben. Als Leiter dieser Kurse wurde Herr Sieppart, der bis in die letzte Zeit noch an der Akademie der Arbeit in Frankfurt weilte, gemessen.

Als Unterrichtsstoff sind angelehnt der Zusammenfassung der Teilnehmerinhalten hausbürgerliche Fragen vorgegeben. Als Leiter dieser Kurse wurde Herr Sieppart, der bis in die letzte Zeit noch an der Akademie der Arbeit in Frankfurt weilte, gemessen.

willige eingerichtet. Hier behandelt der Vortragende Philosophie, Geschichte, Literatur, Kunst, Führungen durch die Stadtbücherei, heimatkundliche und kulturhistorische Führungen, dann noch Unterricht in Englisch. Die Redungen zu diesen freiwilligen Kursen sind besonders für Geschichte, Kunst, Führungen und Englisch so zahlreich (nur von den Teilnehmern der Pflichtkurse) eingelassen, daß es schwer fällt, Lehrer zu beschaffen.

### Ratten in den Garderobeschränken einer Fabrik

In einer Berliner Turbinenfabrik waren zwei Arbeiter bei der Schließung der Garderobeschränke angefallen worden. Beide klagten an Schädenerkrankung, da dem einen seine Zippe und sein Sweater, dem anderen sein Mantel von Ratten zerfressen worden sei.

Table with 6 columns: Lebensmittel, Getreide, Fett, Brennstoffe, Sammelmaterial, Bevölkerung. Rows include Vereinigte Staaten, Europa, China, Japan, Sibirien, Tropische u. Südländer, and Zusammen.

Aus der Zusammenstellung geht der ungeheure Reichtum Amerikas an Naturprodukten hervor, das bei einer Bevölkerungszahl von nur 6 1/2 vH der Welt 31,5 vH der Naturprodukte besitzt.

### Schriftenschau

Feiern und Feiertagen freidenkender Menschen. Ein Zeitfaden zur Abhaltung und Gestaltung von Feiern und Veranstaltungen für alle in Frage kommenden Gelegenheiten, bearbeitet von Theo Mayer, Leipzig.

Kölner Sozialpolitische Vierteljahrschrift. Zeitschrift des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften in Köln. Redaktion: Hugo Lindemann.

Der Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands und sein soziales Wirken. Die Denkschrift zur Gelei in Düsseldorf, herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter.

### Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 4. Juli ist der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. Juli 1926 fällig.

Reisende Mitglieder können nur in dem im Adressenverzeichnis mit bezeichneten Verwaltungstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Geflohen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 3.425.297, lautend auf den Dreher Benzler Parigot, geb. am 30. November 1888 zu Kottbusch. (Vandshut) Stuttgart, Kölestraße 16. Der Verbandsvorstand

### Zur Beachtung! Zugang ist fernzubalten!

von Metallarbeitern aller Branchen nach Kreuz (Schiffbau) Düsseldorf-Kreuz, G. m. b. H.; nach Ratibor 2; nach Neßhagen in Rumänien D.; von Metallarbeitern nach Goswig bei Meissen (Aluminiumwerk Ambos) D. A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; W. = Mißstände; A. = Aussperrung.